



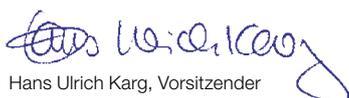
# ROLLI-aktiv

Infomagazin des Landesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte Baden-Württemberg

Ausgabe 25 | Dezember 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit 26. März gilt die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch bei uns. 70 Jahre nach der unsäglichen Festlegung, behinderte Menschen als lebensunwert zu bezeichnen und sie zu töten, hat eine Bürgerinitiative „die Spur der Erinnerung“, den Weg von Grafeneck auf der Schwäbischen Alb zurück nach Stuttgart bis hin zum Innenministerium geführt. Wie so oft war unser Landesverband mittendrin. Auch das nasskalte Wetter bei der Schlussveranstaltung am 16. Oktober auf dem Stuttgarter Karlsplatz hielt uns nicht ab, Flagge zu zeigen. Menschen mit Behinderungen und ihre Eltern verstecken sich heute nicht mehr, sondern fordern offen ihre Rechte ein und organisieren sich in echter Selbsthilfe: Frühförderung, Schulkindergärten, Sonderschulen, Werkstätten und Tagesförderstätten – eine Struktur wurde geschaffen, in dem „unsere Kinder“ ihre Chancen erhalten. Jedes System ist verbesserungsfähig. „Alle inklusive!“ lautet ein Schlagwort und beschreibt, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen „ganz normal“ dabei sein sollen. Darin steckt eine große Chance. Doch ist unsere Gesellschaft darauf wirklich vorbereitet? Gerade viele unserer Eltern erleben es als unvorstellbar. Angst kommt auf, Panik und Sorge. Werden jetzt alle Werte, all das Erreichte und Gewonnene zunichte gemacht? Soll es künftig keine besondere Förderung mehr geben? Heißt „alle inklusive“ dann nur noch „Kosten sparen“ und „nur dabei“? Genau das wollen wir nicht, wollen Eltern und Betroffene nicht. Wir wollen selbstbewusste, mündige behinderte Menschen und angstlose Eltern. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft. Sie beginnt bei unserem eigenen Denken und Handeln: „Mittendrin statt außen vor.“ Eine friedvolle Advents- und Weihnachtszeit wünscht Ihnen

  
Hans Ulrich Karg, Vorsitzender

## ■ Spur der Erinnerung Gemalt – Gelaufen – Gefahren – Geflogen

**Stuttgart.** Vor 70 Jahren, am 14. Oktober 1939, wurde die diakonische Behinderteneinrichtung Grafeneck auf der Münsinger Alb im Zusammenwirken mit dem Innenministerium Württemberg und dem Landratsamt Münsingen für „Zwecke des Reiches“ beschlagnahmt und zur weltweit ersten Mordfabrik für kranke und behinderte Menschen ausgebaut. Innerhalb eines Jahres wurden 10.654 Menschen ermordet.



Die Opfer waren Menschen, die in den Augen der Täter als „lebensunwertes Leben“ galten. Dazu zählten Menschen, deren Arbeits- und Leistungsfähigkeit beschränkt war, die als „Langzeitpatienten“ angeblich die öffentlichen Haushalte der Länder, Kreise und Kommunen belasteten. Das Dokumentationszentrum Grafeneck hat festgestellt, dass nahezu aus jeder Gemeinde im Land Menschen in Grafeneck ermordet worden sind.

Vom 12. bis 16. Oktober haben Tausende von Schülern, Mitglieder von Bürgerinitia-

tiven und Vereinen und engagierte Menschen aus vielen Orten eine 70 km lange violette „Spur der Erinnerung“ als Mahnung gezogen. Diese „Spur“ war eine einzigartige Aktion der Zivilgesellschaft – von Grafeneck, dem Ort der Opfer, bis nach Stuttgart, dem Ort der Schreibtischtäter.

„Niemand konnte im Frühjahr 2008 wissen, dass aus einer scheinbar „verrückten Idee“ etwas Großes werden könnte. Viele Menschen haben sich jedoch mit ihr identifiziert“, meinte der Initiator und Koordinator der „Spur der Erinnerung“, Harald Habich.

Zivilgesellschaftlicher Mut sei ansteckend. Teilhabe und Wertschätzung des Beitrages eines jeden Menschen sollte für alle in einer demokratischen Gesellschaft selbstverständliche Gültigkeit haben. Die Landesbischöfe Frank O. July und Gebhard Fürst haben die Schirmherrschaft übernommen. Zum Unterstützerkreis zählte von Anfang an auch unser Landesverband. „Wir fragen uns heute, weshalb konnte so etwas passieren – und so direkt vor unser Haustür“, meint Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl. Der Prozess gegen einen der Haupttäter wurde erst 1970 eröffnet – und wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ eingestellt. „Mich wundert es daher nicht, dass Eltern noch in den 60er Jahren aus Angst ihre behinderten Kinder zu Hause versteckten.“

## ■ „Wohin bringt Ihr uns?“



Die grauen Busse, mit denen die behinderten und kranken Menschen abgeholt wurden, wurden zum Symbol der „Euthanasie-Aktion T4“. Heute dienen sie als Mahnmahl gegen das Vergessen – so auch in Stuttgart.

„Das Gedenken braucht einen Ort.“  
[www.gedenkstaette-grafeneck.de](http://www.gedenkstaette-grafeneck.de)

## ■ Der Film zur Spur der Erinnerung

Eine wundervolle Dokumentation über eine große Bürgeraktion 30 Minuten auf DVD. Einzel 14,95 €; ab 10 Stück 12,00 €. Lieferung auf Rechnung. Bestellungen an: Die AnStifter, Olgastraße 1a, 70182 Stuttgart, [kontakt@die-anstifter.de](mailto:kontakt@die-anstifter.de)

Sie möchten den LVKM-Newsletter abonnieren?

Einfach anmelden unter:  
[www.lv-koerperbehinderte-bw.de](http://www.lv-koerperbehinderte-bw.de)

## ■ UN-Konvention „Nichts über uns ohne uns.“

**Alle reden von der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie hat seit 26. März 2009 in Deutschland Gesetzescharakter. Und die Europäische Union hat sie am 26. November 2009 ratifiziert – als erste Menschenrechtskonvention überhaupt.**

Die UN-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und zu fördern. Die Leitlinien heißen u.a. uneingeschränkte Teilhabe und Inklusion, Nicht-Diskriminierung und Zugänglichkeit (im Sinne einer umfassenden Barrierefreiheit). Die dort verankerten Rechte sind für die Gesetzgeber in der ganzen Welt eine der Herausforderungen der nächsten Jahre. Dazu zählen z. B. das Recht auf Gesundheit (Art. 25), Zugänglichkeit (Art. 9), das Recht auf Bil-

dung und Erziehung (Art. 24). So hat inklusiver Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung Vorrang, schließt aber eine besondere Förderung nicht aus. Alle Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, wie sie sich im Alltag auf Menschen mit Behinderungen auswirken. Dabei ist klar, dass die Umsetzung nicht von heute auf morgen geht, sondern vielmehr ein Prozess mit vielen Beteiligten ist. Wie zugänglich ist unsere eigene Organisation? Sind unsere Informationen leicht verständlich? Arbeiten Menschen mit Behinderungen mit? Sind unsere Räume barrierefrei? Ganz bewusst fordert die UN die Einbeziehung der Menschen mit Behinderung und ihrer Verbände.

### INFO

„Eine Schule für alle?!“ lautet der Arbeitstitel einer Tagung unseres Landesverbandes (12./13. Mai 2010).

## ■ [www.kochen-kann-ich-auch.de](http://www.kochen-kann-ich-auch.de)

Alle Rezepte, die im Rahmen des Projekts „Auf eigenen Füßen stehen – Koch- und Haushaltstipps für Menschen mit Behinderung“ erprobt wurden, gibt es nun auch unter [www.kochen-kann-ich-auch.de](http://www.kochen-kann-ich-auch.de). Das Besondere: Die Rezepte werden Schritt für Schritt in Bild und Text erklärt. Sie können die einzelnen Rezepte ausdrucken und zuhause nachkochen. Die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH hat das Projekt gefördert.



Die Rezepte gibt es auch auf CD. Sie kostet 7,50 € bzw. 5,00 € für Menschen mit Behinderung und kann bei der LV-Geschäftsstelle bestellt werden.

## ■ Tagung „Ein sorgenfreies Leben gibt es nicht!“

**Stuttgart. Der richtige Umgang mit Ängsten und Sorgen stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagung unseres Landesverbandes und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, die von Aktion Mensch gefördert wurde.**

Wie schaffen Eltern den täglichen Spagat zwischen den Anforderungen in Beruf, Familie, Pflege, Betreuung und Freizeit? Was bringt die Zukunft? Professor Dr. Jürgen Hoyer von der TU Dresden kennt auch die positiven Funktionen der Sorgen, die in Begriffen wie Fürsorge, Vorsorge oder Sorgfalt stecken. „Sorgen helfen, die Aufmerksamkeit auf Gefahren zu richten, sie ermöglichen die Vorwegnahme von Risiken und sie bereiten damit gegebenenfalls frühzeitige Problemlösungen vor. Trennen Sie die wichtigen von den weniger wichtigen Sorgen. Was ist in zehn oder hundert Tagen noch eine große Sorge? Verharren Sie nicht in der Sorge, sondern suchen Sie Lösungen.“ „Sorgen teilen, darüber reden, soziale Netzwerke knüpfen“, ergänzt Verena Bez, Psychologin bei der Körperbehindertenförderung Neckar-Alb.

„Mein Elektrorollstuhl ermöglicht mir eine hohe Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Alltag. Ich kann ins Fußballstadion fahren, zum Einkaufen, zum Arzt, zur Tagesförderstätte oder in meiner Wohnung in meine Küche, um mir selbst ein Glas Sprudel einzuschenken“, beschreibt Pierre Mayer seine alltäglichen Glücksmomente. Der 38-jährige Rollstuhlfahrer wird ambulant in der eigenen Wohnung betreut und besucht die Tagesförderstätte des KBV Stuttgart.

## ■ Verbandspitze neu gewählt

**Stuttgart. Selbsthilfe lebt vom Mitmachen. Die Mitgliederversammlung hat im November die Verbandsspitze für die kommenden drei Jahre neu gewählt.**

Warum engagieren sich Frauen und Männer im Landesverband? Hier antworten unsere Vorstandsmitglieder. Ich arbeite ehrenamtlich im Vorstand mit, ...

*„... weil ich Menschen mit Behinderungen in allen Lebenslagen erfahren und erlebt habe und über viele Jahre hinweg Behindertenarbeit intensiv gemacht und betrieben habe und weil meine besten Lebenserlebnisse in diesem Bereich angesiedelt sind (und meine Frau bestärkt und begleitet mich dabei seit 37 Jahren).“*

Hans Ulrich Karg

*„... weil in der Politik zu oft über statt mit Menschen mit Behinderungen geredet und entschieden wird. Ich möchte dies mit meinem Engagement ändern.“*

Dr. Ulrich Noll MdL

*„... weil mir die landespolitische Vertretung unserer Anliegen wichtig ist und dies nicht jeder Verein allein kann.“*

Thomas Seyfarth

*„... weil es Freude macht zu gestalten und die Zusammenarbeit im Vorstand ist für mich eine zusätzliche Bereicherung.“*

Armin Bönisch

*„... weil wir so Druck auf Politik ausüben können, damit sich etwas in unserem Sinne bewegt.“*

Christine Kühnau

*„... weil es für mich wichtig ist, sich für die Belange behinderter Menschen einzusetzen.“*

Rolf Schneider

*„... weil ich als Mutter eines erwachsenen Menschen mit Behinderung und als Juris-*

*tin weiß, dass die politische Lobbyarbeit für Menschen mit Behinderung wichtig ist und ich die Lobbyarbeit unseres Landesverbandes mit meiner Erfahrung und Fachkompetenz unterstützen und mitgestalten will.“*

Jutta Hertneck



Unser Bild zeigt den neu gewählten Vorstand. V.l.n.r.: Hans Ulrich Karg (Vorsitzender, Bad Waldsee), Christine Kühnau (Vorstandsmitglied, Mannheim), Rolf Schneider (Vorstandsmitglied, Stuttgart), Thomas Seyfarth (Schatzmeister, Körperbehindertenförderung Neckar-Alb Mössingen), Dr. Ulrich Noll MdL (2. Vorsitzender, Aichtal), Armin Bönisch (Vorstandsmitglied, Schrozberg). Es fehlt Jutta Hertneck (Vorstandsmitglied, Stuttgart).

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte Baden-Württemberg e.V.

Haußmannstraße 6  
70188 Stuttgart

Fon 0711-2155-220  
Fax 0711-2155-222

E-Mail: [info@lv-koerperbehinderte-bw.de](mailto:info@lv-koerperbehinderte-bw.de)  
[www.lv-koerperbehinderte-bw.de](http://www.lv-koerperbehinderte-bw.de)

Konto 7 406 505 683  
BW Bank (BLZ 600 501 01)

**Verantwortlich:** Jutta Pagel-Steidl

**Fotos:** LV-Archiv

### Layout und Satz:

Kreativ plus, Gesellschaft für  
Werbung & Kommunikation mbH  
Stuttgart, [www.kreativplus.com](http://www.kreativplus.com)

Mit freundlicher Unterstützung der  
AOK Baden-Württemberg

## ■ Wer ersetzt den Zivildienst?

**Vom kompletten Ausstieg aus dem Zivildienst redet derzeit (noch) keiner. Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und FDP in Berlin vereinbart, „die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.“ An anderer Stelle steht: „Der Zivildienst soll Dienstleistungen der sozialen Einrichtungen weiter sichern.“**

Da aber der Zivildienst Wehrersatzdienst ist, bedeutet dies eine Verkürzung des Zivildienstes von derzeit neun auf sechs Monate. Zieht man die Einarbeitungszeit ab, bleiben nicht mehr als drei bis vier Monate für den eigentlichen Dienst. Thomas Seyfarth von der Körperbehindertenförderung Neckar-Alb (KBF) sieht herbe Einschnitte kommen. Die KBF ist bundesweit die größte Zivildienststelle mit derzeit noch rund 350 Plätzen. „Zivis

sind sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ganz wichtige Bezugspersonen für behinderte und alte Menschen. Sie dürfen keinesfalls zu den Leidtragenden der Dienstzeitverkürzung werden. Der Zivildienst als Lerndienst zum Sammeln sozialer Erfahrungen und als berufliche Orientierung steht auf der Kippe.“ Eine freiwillige Verlängerung der Dienstzeit könnte teilweise Entlastung bringen, eine Stärkung der Freiwilligendienste (z. B. FSJ) ebenfalls. Die Verlässlichkeit leidet, fürchten viele. Viele nutzen das FSJ, um die Zeit bis zum Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums zu überbrücken. Werden Zivis durch fest angestellte Betreuungshelfer oder gar Fachkräfte ersetzt, kostet dies deutlich mehr Geld als bisher. Gute Ideen sind gefragt, um rasch tragfähige Lösungen zu finden.

## ■ Wir suchen Wanderwege für Rollstuhlfahrer

**Nur wenige Wanderwege sind für mobilitätsbehinderte Menschen nutzbar. Unsere Botschaft ist klar: „Vom Abenteuer Natur darf niemand ausgeschlossen werden.“ Wir sammeln neue Wandertipps.**



Kennen Sie auch geeignete Wander- und Spazierwege für Rollstuhlfahrer, gehbehinderte Menschen und Familien mit Kinderwagen? Wir benötigen dazu Angaben zur Länge, zur Wegbeschaffenheit (gut befestigte Wege, keine Morastwege), zur Steigung bzw. zum Gefälle. Hilfreich sind auch Hinweise auf Beson-

derheiten am Wegesrand (z. B. Aussicht, Lehrpfad, Sehenswürdigkeiten, Museen). Vielleicht kennen Sie auch noch barrierefreie Einkehrmöglichkeiten (stufenlos zugänglich, Rolli-WC). Schicken Sie uns Ihren barrierefreien Ausflugstipp und erklären Sie sich mit der Veröffentlichung einverstanden.

### Unsere Kriterien

#### Stufe I

Wegstrecke von Beschaffenheit und Steigungen her alleine von kräftiger/m Rollstuhlfahrer/in oder E-Rollstuhlfahrer/in bzw. Menschen mit Gehhilfen machbar. Keine Einschränkungen für Kinderwagen.

#### Stufe II

Wegen vereinzelter Hindernisse oder Steigungen bzw. Gefälle bei gewissen Abschnitten Begleitperson nötig (geringe Anforderungen an Begleitperson gestellt).

#### Stufe III

Wegen Unwegsamkeit und extremen Steigungen (über sechs Prozent) Begleitperson unerlässlich (hohe Anforderungen an Begleitperson gestellt, evtl. mehrere Begleitpersonen mitnehmen).

### Unsere Anschrift

Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte  
Baden-Württemberg e.V.,  
Stichwort „Wandern mit dem Rollstuhl“  
Haußmannstraße 6  
70188 Stuttgart  
info@lv-koerperbehinderte-bw.de

## ■ Resolution Freie Fahrt in Bussen und Bahnen!

**Stuttgart. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und ausdrücklich in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verankert. Landesweit können rund 150.000 Menschen mit besonders schweren Behinderungen Busse und Bahnen kostenlos nutzen – noch.**

Im Zuge der Beratungen des Landeshaushaltsplans 2010/2011 hat die Haushaltsstrukturkommission dem Ministerium für Arbeit und Soziales den Auftrag erteilt, zu prüfen, inwieweit die Freifahrten für behinderte Menschen abgeschafft werden können. Der Beauftragte der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen, Staatssekretär Dieter Hillebrand, hat auf unsere Anfrage mitgeteilt, dass in den kommenden zwei Jahren nichts geändert wird. Geprüft werden soll, „den Nachteilsausgleich bei der Mobilität im ÖPNV passgenauer und stärker von den Betroffenen her zu gestalten sowie mögliche Ineffizienzen oder Doppelförderungen in der



bisherigen Strukturförderung zu beseitigen.“ Es gehe um die Neugestaltung der Fahrtkostenerstattung an die Verkehrsbetriebe, nicht um die Freifahrten als solche.

### Unsere Forderungen

- Keine Abschaffung der unentgeltlichen Beförderung schwer behinderter Menschen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).
- Menschen mit schweren Behinderungen haben einen Anspruch auf einen behinderungsbedingten Nachteilsausgleich. Die Freifahrten gehören dazu.
- Das Recht auf umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung ist unteilbar – und kann nicht beliebig „nach Kassenlage“ bewilligt werden.
- Steuermittel müssen grundsätzlich so eingesetzt werden, dass sie in gleichem Maße Menschen mit und ohne Behinderung nützen. Soweit es vom Förderzweck möglich ist, muss eine Förderung durch Steuermittel mit der Pflicht zum Abbau von Barrieren verbunden werden. Der Ausgleich für etwaige Fahrgeldausfälle durch die unentgeltlichen Freifahrten der schwer behinderten Menschen ist mit dem Abbau von Barrieren zu verknüpfen.